

Matthias Höhn

Rede des Landesvorsitzenden

auf der 5. Tagung des 9. Landesparteitages
23. September 2006, Magdeburg

- Es gilt das gesprochene Wort! -

Anrede,

liebe Edeltraud, herzlichen Dank für deine Eröffnung des Landesparteitages.

Die Mindestlohnkampagne zeigt, was wir bewegen können, was möglich ist, wenn Linkspartei und WASG gemeinsam für politische Veränderungen streiten, und zeigt ebenso, wie wichtig es gerade für uns Linke ist, für unsere Positionen Bündnispartner zu finden.

Liebe Edeltraud, ich möchte dir im Namen des Landesverbandes herzlich danken für dein Engagement. Dass wir in Sachsen-Anhalt ein breites Bündnis Mindestlohn auf die Beine stellen konnten, ist nicht zuletzt auch deinem persönlichen Einsatz zu verdanken.

Und den Kolleginnen und Kollegen des DGB und der Einzelgewerkschaften will ich sagen: Gemeinsam haben wir etwas bewegt! Wir sind noch nicht am Ziel – darum lasst uns diese Gemeinsamkeit auch in Zukunft, wo immer es möglich ist, deutlich werden lassen.

Unser Erfolg beim Thema Mindestlohn ist unübersehbar. Noch vor einem Jahr sind wir für unsere Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn beschimpft und belacht worden. Heute erkennen immer mehr politische Akteure, dass sie an diesem Thema nicht vorbeikommen – bis hin zur Landesspitze der CDU in Sachsen-Anhalt. Das hat etwas mit unserer Hartnäckigkeit zu tun, mit unserem Engagement, mit dem politischen Druck, den wir gemeinsam mit unseren Bündnispartnern erzeugen.

Darauf können wir stolz sein, bei der Bundestagsfraktion angefangen bis hin zu jedem einzelnen Mitglied aus Linkspartei und WASG. Allein in dieser Woche, unserer Aktionswoche, haben landesweit über 30 Aktionen stattgefunden. Dafür euch allen mein herzlichster Dank!

Veränderung tut Not. Weder die große Koalition im Bund noch die mittelgroße Koalition in Sachsen-Anhalt sind in der Lage, entscheidende Akzente zu setzen, schon gar nicht in die richtige Richtung – hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit, mehr Chancengleichheit, zu mehr Zukunftsfähigkeit, zur Sicherung der Daseinsvorsorge, hin zu mehr Demokratie und Bürgerbeteiligung.

Der kürzlich vorgelegte erste Haushaltsentwurf der neuen Landesregierung ist beredtes Beispiel dafür. Auch er hat keinerlei Akzente. Er ist die nahtlose Fortsetzung der Politik der letzten Landesregierung aus CDU und FDP. Aber genau diese Politik ist von den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes im März abgewählt worden. Wer auf eine solche Entscheidung der

Wählerinnen und Wähler damit reagiert, dass er gar nicht reagiert, der muss sich nicht wundern, wenn bei der nächsten Wahl noch weniger Bürgerinnen und Bürger zur Wahl gehen. Darum sagen wir als Oppositionsführer auch sehr deutlich: Bezugspunkt unserer Politik ist nicht eine willkürlich gesetzte Marke in der mittelfristigen Finanzplanung des Finanzministers – die im übrigen im nächsten Jahr sowieso nicht mehr stimmt, der entscheidende Bezugspunkt für unser politisches Agieren ist die Lebenssituation der Menschen in unserem Land. Und diese Situation schreit in vielen Bereichen geradezu nach Veränderung!

Ich will es an einem zentralen Punkt deutlich machen:

Der Bundespräsident hat am Donnerstag in seiner Berliner Rede zurecht auf die großen Ungerechtigkeiten innerhalb unseres Bildungssystems hingewiesen. Er bezeichnete die Abhängigkeit des Bildungserfolges von der sozialen und ethnischen Herkunft der Kinder und Jugendlichen als „beschämend“. Recht hat er! In kaum einem Land ist diese Abhängigkeit so groß wie in Deutschland, und Sachsen-Anhalt nimmt dabei noch eine unrühmliche Spitzenposition ein.

Und was tut unsere Landesregierung? Kosmetik, mehr nicht. Dabei liegen die vielen – zum großen Teil – internationalen Befunde auf dem Tisch. Es muss Schluss damit sein, dass Kinder so früh nach ihrer vermeintlichen Fähigkeit sortiert werden. Wir brauchen dringend eine Schule für alle Kinder, wir brauchen dringend längeres gemeinsames Lernen und mehr individuelle Förderung.

Und ja, das kostet auch Geld. Auch darauf hat der Bundespräsident hingewiesen. Wir sagen als Linkspartei schon lange, dass hier unser Schwerpunkt liegt. Bildung ist ein entscheidender Schlüssel für die persönliche, soziale Perspektive jedes Einzelnen, und Bildung ist ein entscheidender Schlüssel für wirtschaftlichen Erfolg und technologischen Fortschritt in unserem Land insgesamt. Zwei Seiten derselben Medaille. Das war eine unserer Prioritäten im Wahlkampf, und das ist sie auch heute. In den Haushaltsverhandlungen werden wir dies deutlich machen.

Wir halten es eben nicht wie Herr Müntefering für „unfair“, nach den Wahlen an seine Wahlkampfaussagen erinnert zu werden. Mit dieser Priorität stehen wir bei den Wählerinnen und Wählern im Wort. Wir haben das nicht vergessen.

Wir stehen noch mit einem anderen wichtigen Punkt bei den Wählerinnen und Wählern im Wort. Über vier Millionen Bürgerinnen und Bürger haben im letzten Jahr gesagt: Ja, wir wollen eine neue, gesamtdeutsche Linke. Diese Menschen dürfen wir nicht enttäuschen.

Letzte Woche musste ich lesen, der Landesvorstand der Linkspartei Sachsen-Anhalt wäre eine Gefahr für die gemeinsame Linke.

Vielleicht sollten diejenigen, die diesen Vorwurf äußern, mal ihren Blick etwas genauer nach Sachsen-Anhalt lenken, bevor sie offene Briefe schreiben.

Unmittelbar nach der erfolgreichen Bundestagswahl haben wir mit den Vorbereitungen für die Landtagswahlen im März dieses Jahres begonnen. Und ja, das war nicht einfach, wir wissen das und erinnern uns gut daran, welcher Kraftakt es war, die Liste zur Landtagswahl aufzustellen und letztlich gemeinsam in diesen Wahlkampf zu ziehen. Aber wir haben das geschafft. Mit Erfolg. Und darauf bin ich stolz.

Dolores Rente und ich persönlich, gemeinsam mit unseren beiden Landesvorständen haben im zurückliegenden Jahr alles daran gesetzt, dass uns ein gemeinsamer Antritt bei der Landtagswahl gelingt. Ich habe persönlich hier in diesem Saal mehrmals am Mikrofon

gestanden und für die Kandidatinnen und Kandidaten geworben, die für die gemeinsame Linke standen und stehen, und ich habe mich persönlich gegen diejenigen ausgesprochen, die es verhindern wollten. Und weiß Gott, das war nicht immer leicht. Ich lasse mir so manches vorwerfen, aber nicht, dass ich die gemeinsame Linke gefährde. Und das gilt auch für den gesamten Landesvorstand.

Heute streiten wir gemeinsam in der Landtagsfraktion, Linkspartei und WASG, für unsere politischen Konzepte. Darüber bin ich froh.

Der Zeitplan für den Parteibildungsprozess steht. Im Juni des kommenden Jahres wollen wir unser Ziel erreicht haben.

Im Februar wurden die Programmatischen Eckpunkte vorgelegt, vor zwei Tagen folgte die überarbeitete Fassung. Die Mitglieder beider Parteien sind aufgerufen, eine Programmdebatte zu führen. Auch wir haben uns dieser Aufgabe verschrieben.

Jeder von uns ist aufgefordert, sich mit seinen Vorstellungen, seinen Erfahrungen in die Diskussion einzubringen, mit seiner Identität. Die inhaltliche Ausgestaltung der neuen Partei darf nicht allein durch die Vorstände geschehen, sie muss auch von der Basis getragen werden. Damit diese Diskussion in der Sache erfolgreich verlaufen kann, ist eines unabdingbar: ein kulturvoller Umgang miteinander, gerade dann, wenn man anderer Meinung ist.

Darum sage ich hier auch sehr deutlich: der offene Brief der vergangenen Woche ist in Sprache und Intention gänzlich inakzeptabel. Diese Form der öffentlichen politischen Anklage eines gesamten Vorstandes weise ich entschieden zurück. Und ich bin sehr froh, dass Lothar Bisky und der Bundesvorstand dies am Montag ebenso deutlich getan hat. Ich bin mir sicher, dass wir uns als Landesverband nicht auf diese Form der Auseinandersetzung einlassen und auch heute auf diesem Landesparteitag eine kulturvolle Debatte führen werden.

Der Landesvorstand hat euch einen Leitantrag vorgelegt, mit dem wir einen Beitrag zur Programmdebatte leisten wollen. Wir wollen unsere Erfahrungen und Konzepte als Landesverband in die Diskussion um das Programm der neuen Linken einbringen. Wir haben uns dabei vor allem auf die Felder konzentriert, mit denen wir uns – auch der Landesparteitag – in den letzten Jahren besonders beschäftigt haben.

Es war und ist nicht unser Ziel, auch nicht unsere Aufgabe, einen eigenen Entwurf für unser zukünftiges Programm vorzulegen. Wir wollen Themen, die uns wichtig und diskussionswürdig erscheinen, in die Debatte bringen. Insofern ist dieser Leitantrag heute nicht der Endpunkt unserer Programmdebatte, sondern ein Baustein einer Diskussion, die die gesamte Partei noch einige Monate begleiten wird.

Unsere Partei hat ohne Zweifel bewegte und bewegende 17 Jahre hinter sich. Sie haben uns geprägt, sie haben uns verändert, jede und jeden von uns. Wir haben in dieser Zeit viele Mitglieder verloren, andere haben wir gewinnen können, auch ich selbst gehöre zu jenen, die nach der Wende den Weg zur PDS gefunden haben.

Was 1989/90 kaum jemand für möglich hielt, haben wir erreicht. Dass wir heute über die Etablierung einer gesamtdeutschen Linken diskutieren können, ist nicht zuletzt auch unser Verdienst.

In diesen Jahren haben sich nicht nur unsere politischen Schwerpunkte und Konzepte verändert und qualifiziert, auch unsere Rolle ist eine andere geworden. Anfang der 1990er Jahre spielten wir die Rolle, die uns andere zugewiesen haben. Alle anderen Parteien hatten einen gleich lautenden Tenor: Niemals mit der PDS! Wir wurden ausgegrenzt, als Partei und als Personen.

Aus dieser Ausgrenzung haben wir uns selbst befreit. Und ihr alle wisst, wie schwer das war. Wir haben angefangen, vor allem vor Ort in den Kommunen uns mit unseren Ideen und Vorstellungen einzubringen – auch in den Landtagen und im Bundestag. Wir haben bei vielen Menschen verlorenes Vertrauen wieder zurück gewinnen können, wir haben sie überzeugt, wie notwendig es in unserer Gesellschaft ist, Alternativen auf den Tisch zu legen und dafür zu streiten. Und wir haben gelernt, dass gegen Ausgrenzung nicht die eigene Abgrenzung hilft, sondern das überzeugende Argument. Lasst uns auf die Ausgrenzung der frühen 90er Jahre nicht heute mit einer Selbstausgrenzung antworten.

Selbstverständlich gehört zur politischen Auseinandersetzung auch die Differenz, auch eine Form der politischen Abgrenzung, aber sie darf nicht unser definierendes Element sein, sondern kann nur Ergebnis unseres inhaltlichen Anspruches sein. Wer den politischen Wettbewerb gewinnen will, muss schon an ihm teilnehmen und kann nicht einfach seinen eigenen veranstalten.

Wer Gesellschaft demokratisch verändern will, muss sich als ein Teil von ihr verstehen. Mit offenen Augen und offenem Herzen müssen wir uns den Problemen stellen, und auch den gesellschaftlichen Realitäten. Dann gelingt es auch, in Entscheidungsprozesse einzugreifen und um Mehrheiten zu werben. Darum sollten wir auch nicht beklagen, dass andere Parteien z.B. unsere Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn teilweise übernommen haben, nein, genau darum geht es. Es geht um Interventionsfähigkeit und das Werben um gesellschaftliche und politische Mehrheiten.

Nicht erst seit Vorlage dieses Leitantrages stellen wir uns der Aufgabe, auf die gesellschaftlichen Umbrüche zu reagieren – Globalisierungsprozesse, technologischer Fortschritt, Entwicklung der Produktivkräfte, Auflösung alter sozialer Milieus, Vernetzung und Komplexität moderner Gesellschaften, demografischer Wandel... Die Liste ließe sich fortsetzen.

Diese Debatten haben uns mindestens seit unserem Landesparteitag 2004 in Leuna begleitet. Vieles haben wir in diesen zwei Jahren in konkrete Konzepte und Vorschläge gegossen, ein paar seien erwähnt:

- unsere Vorschläge zur Bildungsquote in öffentlichen Haushalten
- unsere Konzepte zur Schule für alle Kinder und zur frühkindlichen Bildung
- unsere Ansätze zu moderner Hochschul- und Wissenschaftspolitik und Zukunftstechnologien
- unser Herangehen zur Entwicklung der ländlichen Räume
- und nicht zuletzt die Studie „Sachsen-Anhalt 2020“, die unser Fraktionsvorsitzender im vergangenen Jahr präsentiert hat.

Mit diesen Inhalten sind wir gemeinsam, Linkspartei und WASG, in den Wahlkampf gezogen und waren der klare Gewinner am 26. März.

Und diese Inhalte finden sich auch im vorgelegten Leitantrag.

Nun zu einigen konkreten Punkten im Leitantrag:

Globalisierung

Um es vorweg zu sagen: Wer da meint, Globalisierung gehöre abgeschafft, dem müsste ich eigentlich empfehlen, gleich am Montag seinen Internetanschluss zu kündigen. Es gibt objektive Gegebenheiten und Entwicklungen, die es nicht zu leugnen, sondern auf die es zu reagieren gilt.

Ich stimme Oskar Lafontaine völlig zu, wenn er gestern im Neuen Deutschland sagt, die Antwort auf kapitalistische Deregulierung sei nicht die Akzeptanz internationalen Lohn-, Steuer- und Sozialdumpings.

Nur, das sagt auch unser Leitantrag, auch er setzt sich sehr kritisch mit den Fehlentwicklungen auseinander, ich zitiere:

„Wir leben in einer globalen Welt. Unter dem Mantel der Globalisierung versucht die Lobby der transnationalen Konzerne die Verwertungsbedingungen für das Kapital zu Lasten der Armen und immer ärmer werdenden in einer militärisch neu gerichteten Welt maximal auszulasten. Dieser Kurs ist gefährlich. Er birgt unabsehbare Risiken nicht nur für die Menschen, sondern auch für die Existenz der Erde selbst.“

Uns muss es darum gehen, auf diese Entwicklungen mit eigenen Konzepten zu reagieren. In unserem Parteiprogramm von 2003 heißt es:

„Der Widerspruch zwischen der Entfaltung neuer Produktivkräfte und ihrer Unterwerfung unter die bornierte Dominanz der Kapitalverwertung ist allgegenwärtig. Die Nutzung der neuen Möglichkeiten der menschlichen Zivilisation für sozialen und ökologischen Umbau der gesellschaftlichen Verhältnisse rückt in das Zentrum emanzipatorischen Handelns.“

Genau darum geht es, um die soziale und demokratische Gestaltung globaler Prozesse. Im Leitantrag heißt es:

„Doch es gibt auch Chancen der Globalisierung für eine nachhaltige, ökologische, demokratische, soziale und antipatriarchalische Welt.“

In diesem Zusammenhang haben wir uns mit dem Antikapitalismus auseinandergesetzt, und auch auf diese Passage will ich eingehen. Worum geht es?

Ob in Wahlkämpfen oder bei Hartz-IV-Demonstrationen, immer wieder müssen wir erleben, dass die extreme Rechte ihre Forderungen mit einem antikapitalistischen und globalisierungskritischen Hintergrund ausstattet und für ihre nationalistischen, antisemitischen und fremdenfeindlichen Intentionen benutzt.

Von dieser Form des Antikapitalismus müssen wir uns deutlich unterscheiden, das ist nicht nur notwendig, es ist unverzichtbar.

Um etwas anderes ist es dem Landesvorstand nie gegangen. Wer da unterstellt, wir würden die eigenen Genossinnen und Genossen denunzieren, der scheint ein seltsames Bild von unserer Mitgliedschaft zu haben. Und im Übrigen muss ich wirklich einmal fragen: Glaubt denn ernsthaft jemand, dass ich davon überzeugt bin, für eine Denunziation der eigenen Mitglieder eine Mehrheit auf einem Landesparteitag zu erzielen? Wie absurd wird denn hier gedacht?

Wir haben uns in dieser Woche nochmals mit dieser Passage beschäftigt. Aufgrund der Irritationen und der Tatsache, dass sich einzelne Genossinnen und Genossen von diesem Satz nichtsdestotrotz angegriffen gefühlt haben, legen wir euch heute eine neue Formulierung zur Beschlussfassung vor. Sie lautet:

„Darüber hinaus müssen wir, nicht nur bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern, feststellen, dass die extreme Rechte immer stärker versucht, ihre nationalistischen, antisemitischen und fremdenfeindlichen Inhalte mit einem antikapitalistischen Anspruch zu verknüpfen. Nicht selten werden dabei unsere Forderungen übernommen. Unseren antikapitalistischen Anspruch als neue Linke müssen wir daher sowohl bei Protest als auch bei Gestaltung immer mit einer demokratischen und emanzipatorischen Grundausrichtung verbinden, um uns eindeutig von rechtem Gedankengut abzugrenzen.“

Ich hoffe, dass damit mögliche Missverständnisse ausgeräumt sind und deutlich wird, worum es geht und worum es nicht geht und nie gegangen ist. Ich hoffe, das findet eure Zustimmung.

Öffentliche Finanzen und Haushaltskonsolidierung

Wir machen in unserem Leitantrag eines deutlich: Haushaltskonsolidierung ist eine Aufgabe, vor der wir uns nicht verschließen können, aber sie ist im Gegensatz zu den anderen nicht der allein bestimmende Faktor unserer Politik. Dafür wären dann eigentlich auch keine Regierungen mehr notwendig, Buchhalter würden völlig ausreichen. Letztlich geht es doch um politische Gestaltung, nicht um Kassenprüfung.

Aber natürlich ist es so, die momentane Situation und die ständig steigende Verschuldung engt unsere Handlungsspielräume ein und ist in der Konsequenz eine Umverteilungspolitik von unten nach oben.

Die Schlussfolgerung, die wir ziehen, ist auch keine neue, sie lautet:

„Ein konsequenter Schuldenabbau ist unter den gegenwärtigen Umständen aber nur durch einen rigorosen Verzicht auf bildungspolitische, wissenschaftliche, soziale und kulturelle Leistungen möglich. Deshalb meinen wir, um Haushaltskonsolidierung und Haushaltgestaltung im Sinne von Strukturentwicklung des Landes wirksam betreiben zu können, kann auch eine moderate Schuldenaufnahme zu verantworten sein. Diese dadurch zur Verfügung stehenden Mittel müssen aber für Zukunftsfähigkeit und Wertschöpfung, Nachhaltigkeit und Innovation, für Arbeitsplatzbeschaffung eingesetzt werden. Mittel, die heute in Bildung, Wissenschaft und Forschung fließen, können zukünftig innovationsfähige Arbeitsplätze schaffen und Menschen dafür qualifizieren.“

Mit dieser Aussage sind wir in den Wahlkampf gezogen. Sie ist aufgrund von Parteitagebeschlüssen Richtschnur unseres parlamentarischen Agierens. Ich werbe dafür, dass dies auch so bleibt.

Öffentliche Daseinsvorsorge

Auch zu diesen Passagen gab es im Vorfeld heftige Diskussionen. Leider wird auch hier sehr oft immer nur mit einzelnen Sätzen agiert. Meine Empfehlung lautet immer, Texte im Ganzen zu lesen, dann kommt man nämlich auch zu dem letzten Satz dieses Absatzes und der lautet:

„Das Maß der Dinge bei der politischen Entscheidungsfindung ist für uns nicht der Profit, sondern der chancengleiche Zugang für alle.“

Worum geht es uns?

Wir sagen sehr deutlich, und dabei muss es für Linke bleiben: die öffentliche Daseinsvorsorge muss gesichert werden. Dafür hat Politik, dafür hat der Staat Sorge zu tragen.

Wir sagen aber auch, dass es nicht Aufgabe des Staates ist, jede Aufgabe im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge selbst auch zu erbringen. Seine Aufgabe ist und bleibt zu gewährleisten, dass sie erbracht wird. Dafür muss er qualitative Mindeststandards definieren, einen chancengleichen Zugang ermöglichen und wo nötig die finanziellen Voraussetzungen schaffen.

Ein Mehr an bürgerschaftlichem Engagement, ein Mehr an zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation ist nicht gleichzusetzen mit mehr Markt. Dieses Mehr an Bürgergesellschaft ist eine alte Forderung emanzipatorischer linker Politik und sollte einfließen in die Programmatik einer neuen Linken.

Nun, es heißt, dies alles sei neoliberal.

- Wenn es denn so ist, dass Ringen um soziale und demokratische Gestaltung globaler Prozesse neoliberal ist,
- Wenn es denn so ist, dass das Schaffen von Voraussetzungen zum lebenslangen Lernen möglichst ohne Zugangsschranken neoliberal ist,
- Wenn es denn so ist, dass die Konzentration der vorhandenen öffentlichen Mittel in die Zukunft unserer Kinder und damit der Gesellschaft neoliberal ist,
- Wenn es denn so ist, dass ein Mehr an Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie neoliberal ist,
- Und wenn es denn so ist, dass die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge neoliberal ist,

dann, liebe Genossinnen und Genossen, stehe ich vor euch und sage, dann bin ich wohl ein Neoliberaler, denn nichts anderes steht in diesem Leitantrag!

Nein, liebe Genossinnen und Genossen, lasst euch das nicht einreden. Wir haben uns mit diesen Themen in den letzten Jahren lange auseinandergesetzt und danach unsere Positionen formuliert. Sie sind nicht neoliberal, sie sind unser Versuch, auf die drängenden Probleme von links eine Antwort zu geben. Sie sind es wert, in die Debatte einer neuen gesamtdeutschen Linken eingebracht zu werden. Um nicht mehr und nicht weniger geht es!

Nach der schweren Niederlage bei der Bundestagswahl 2002 und langen innerparteilichen Diskussionen hatten wir uns 2004 als Partei strategisch neu aufgestellt. Unser Verständnis von unserem Agieren als politischer Akteur haben wir damals in der Formulierung des strategischen Dreiecks gefasst:

„Für sozialistische Politik nach unserem Verständnis bilden Widerstand und Protest, der Anspruch auf Mit- und Umgestaltung sowie über den Kapitalismus hinaus weisende Alternativen ein unauflösbares strategisches Dreieck.“

Zwei Ecken dieses Dreiecks waren selten strittig in unserer Partei, das sind sie auch bis heute kaum. Immer wieder Anlass für kontroverse Dispute war und ist die Frage der Mitgestaltung, also der Tolerierung bzw. natürlich der Regierungsbeteiligung. Ohne Zweifel haben die Wahlergebnisse vom vergangenen Sonntag dieser Debatte neue Nahrung gegeben.

Ich bin ausdrücklich dafür, unser Agieren in beiden Ländern in Ruhe zu analysieren. Unsere Genossinnen und Genossen vor Ort tun dies auch.

Vor zwei Dingen möchte ich allerdings warnen:

Zum einen vor klugen Ratschlägen aus der Ferne. Und zum anderen vor der vorschnellen Schlussfolgerung, davon in Zukunft grundsätzlich die Finger zu lassen.

Unsere grundsätzliche Entscheidung, uns als Partei bewusst in dieses Spannungsfeld zwischen eigener Programmatik, den Erwartungshaltungen der Mitglieder und Wählerinnen und Wähler, den Hoffnungen vieler Bürgerinnen und Bürger einerseits sowie den vorhandenen Ressourcen und dem politisch Durchsetzbaren andererseits zu begeben, halte ich nach wie vor für richtig und notwendig.

Es geht dabei immer um das Abwägen von Chancen und Risiken gleichermaßen. Eines halte ich aber für unerlässlich: Wenn sich unsere Partei für eine Regierungsbeteiligung entscheidet, dann benötigen unsere Genossinnen und Genossen in den jeweiligen Landesverbänden die Solidarität der gesamten Partei, und daran hat es in der Vergangenheit so manches Mal gemangelt.

Wir bringen noch weit mehr in den Parteibildungsprozess ein, als unsere Konzepte und unsere strategischen Überlegungen. Wir bringen vor allem uns selbst in diesen Prozess ein und damit unsere Geschichte und unsere Identität, unsere Identität als Ostdeutsche und unsere Identität als demokratische Sozialistinnen und Sozialisten.

Wir sind geprägt vom Gründungskonsens unserer Partei aus dem Jahr 1989 und damit vom Bruch mit dem Stalinismus und Poststalinismus.

Wir setzen uns als Ziel eine Gesellschaft, in der die freie Entwicklung einer und eines jeden zur Bedingung der freien Entwicklung aller geworden ist. Sozialismus ist für uns eine Bewegung gegen Ausbeutung, patriarchale Unterdrückung, Plünderung der Natur, für die Bewahrung und Entwicklung menschlicher Kultur, für die Durchsetzung der Menschenrechte, für eine Gesellschaft, in der Bürgerinnen und Bürger ihre Angelegenheiten demokratisch regeln.

Sozialismus ist für uns ein Wertesystem, in dem Freiheit, Gleichheit und Solidarität, Emanzipation, Gerechtigkeit, Erhalt der Natur und Frieden untrennbar miteinander verbunden sind.

Aber die zum Teil bitteren Erfahrungen vor und nach 1989 haben uns noch in anderer Weise geprägt.

Zum einen nach innen. Wir sind heute eine Partei, die ihre Inhalte und ihre Identität nicht mehr nur von oben nach unten, sondern vor allem auch von unten nach oben definiert. Wir haben gelernt, im Widerstreit der Ideen nach den besten Lösungen zu suchen. Wir fürchten Pluralität

nicht mehr, wir haben sie schätzen gelernt. Wir formulieren innerparteilich Widerspruch, wenn es uns notwendig erscheint, nicht um des Widerspruchs Willen, sondern weil er uns in der Sache in der Vergangenheit am Ende meistens weiter gebracht hat und weil wir überzeugt davon sind, dass wir nur nach außen ausstrahlen können, was wir nach innen leben: Offen zu sein für die Veränderung, und offen für den Dialog.

Zum anderen hat uns das Jahr 1989 eines sehr deutlich gezeigt: Gewissheiten gibt es nicht in einer Gesellschaft und schon gar nicht in der Politik. Wir sind immer aufs Neue aufgerufen, unsere Konzepte auf den Prüfstand zu stellen und auf ihre Praxistauglichkeit zu hinterfragen. Und es gilt ebenso immer wieder aufs Neue, für die eigenen Ideen um gesellschaftliche Mehrheiten zu ringen.

So besonders unsere Erfahrungen und Prägungen sind, so speziell sind auch die der Linken in den alten Bundesländern. Beide Seiten sind aufgerufen, ihre Geschichte, ihre negativen und positiven Erfahrungen in den Parteibildungsprozess einzubringen. Wenn dies beidseitig von Respekt und Offenheit getragen ist, dann wird es auch gelingen, noch bestehende kulturelle und politische Unterschiede zu überbrücken und eine wirklich gesamtdeutsche Linke ins Leben zu rufen. Der Parteibildungsprozess steht und fällt mit diesem Maß an Offenheit und Akzeptanz.

Gestattet mir am Ende eine persönliche Bemerkung. Ja, ich hatte schon leichtere Wochen als Landesvorsitzender als die letzten beiden.

Ihr habt mich vor gut einem Jahr zum Vorsitzenden gewählt und wir haben uns gemeinsam mit der WASG daran gemacht, auch hier in Sachsen-Anhalt die Linke zusammenzuführen. Wir haben zwei Wahlkämpfe gemeistert und beachtliche Ergebnisse erzielen können. In diesen mitunter sehr schwierigen Situationen war ich mir einer Sache immer sicher: eurer Unterstützung. Dafür mein Dank an euch.

Ich bin mir ebenso sicher, dass wir auch die Herausforderungen der nächsten Wochen und Monate meistern werden, wenn wir das Maß an Gemeinsamkeit erhalten, was uns in der Vergangenheit so ausgezeichnet hat.

Der Weg der Parteibildung ist gewiss nicht ohne Risiken oder Probleme, aber es ist der richtige Weg, wenn wir eine Linke in ganz Deutschland etablieren wollen, die dauerhaft die politischen Kräfteverhältnisse verändern kann.

Lasst uns in diesem Sinne die nächsten Monate weiter vorangehen! Lasst uns den Dialog suchen, mit allen, die mit uns diesen Weg gehen wollen! Lasst uns gemeinsam für Veränderung in diesem Land streiten! Ich bin dabei, und ich bin mir sicher: ihr auch!